

RATHAUSREPORT

16. Jahrgang

8. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06. Mai 2009

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 4/09

► Griebnitzseeufer ► Bürgerbefragung ► Haus des Reisens



Foto: Fred Marx

Nach dem am 02. April 2009 das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg die Betretungsrechte am Griebnitzseeufer für die Allgemeinheit nach Naturschutzrecht verneint hatte, begannen die Anreiner, die geklagt hatten, die Zugänglichkeit des Uferweges zu unterbrechen. Anpflanzungen, Zäune, Erdaufschüttungen versperren den Zugang. Jetzt ist zügiges Handeln durch die Politik und Verwaltung gefragt. Dies wird von der Bevölkerung gefordert, wie die breite Zustimmung zu dem Bürgerbegehren „Freies Ufer am Griebnitzsee“ eindrucksvoll beweist. Dr. Raffauf, Vorsitzender der Bürgerinitiative „Griebnitzsee für alle“, der in der StVV reden durfte, verwies darauf, dass es still geworden sei in Babelsberg, das um einen wichtigen Ort der Begegnung ärmer geworden ist. Die plötzliche Stille – so Dr. Raffauf, ist wohl selbst denen unheimlich, die sie gefordert haben. Was die Stadt jetzt brauche, seien „keine neuen Beschlüsse“, sondern „die Umsetzung der gefassten Beschlüsse. Er appellierte an die Verwaltung, sich mit der Landesregierung in Verbindung zu setzen, damit alle gleichermaßen „an einem Strang ziehen“.

Angemerkt:

Erneut sträubte sich die Mehrheit der StVV dagegen, dem Oberbürgermeister und dem Bürgermeister auf Antrag der LINKEN eine Missbilligung für ihr Vorgehen im Zusammenhang mit der Bestellung des Geschäftsführers der Luftschiffhafen GmbH auszusprechen. Und dies obwohl die beiden unstrittig gegen einen Beschluss der StVV verstoßen haben.

Übrigens:

... hatte die StVV im November 2008 beschlossen, dass Klage gegen die Feststellung einer Mindestfraktionsstärke durch die neue Kommunalverfassung erhoben werden sollte. Auf Nachfrage in der Maisitzung musste zur Kenntnis genommen werden, dass die Verwaltung zwischenzeitlich einen Anwalt „ausgewählt“ habe, durch den Klage zu erheben sei. Wann das aber geschehe ist noch nicht klar.



Mit auf den Weg...

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach den Ereignissen der letzten Wochen am Griebnitzseeufer war es selbstverständlich, dass sich die Stadtverordneten mit diesem Thema beschäftigten. Aus Sicht der LINKEN kommt es jetzt

darauf an, sich mit der entstandenen Situation nicht abzufinden, sondern Öffentlichkeit herzustellen, transparent zu verhandeln und deutlich zu machen, dass alles

getan werden muss, um das Ufer wieder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Oberbürgermeister sicherte noch einmal zu, dass er für Verhandlungen bereit stehe. Und so könnte der von der StVV beschlossene Antrag der Rathauskoalition, eine/n Mediator/in zu gewinnen, um eine „ergebnisorientierte Aufnahme von Kompromissgesprächen zwischen der Landeshauptstadt und den streitbefangenen Uferanrainern“ zu erreichen, ein Weg sein. Doch dazu bedarf es eines klaren Auftrages, wie weit die Stadt den Anrainern entgegen kommen darf, zu welchem Preis und zu welchen Bedingungen. Zudem muss ein Verhandlungsergebnis in absehbarer Zeit vorliegen, ansonsten laufen wir Gefahr, dass man sich an den Zustand gewöhnt. Deshalb werden wir darauf drängen, einen klaren Auftrag und einen klaren Zeitraum für die Verhandlungen festzulegen. Gleichzeitig werden in der ganzen Stadt weitere Unterschriften für das Bürgerbegehren „Freies Ufer am Griebnitzsee“ gesammelt. Die Unterschriften von mindestens 13.000 Potsdamerinnen und Potsdamern werden dazu benötigt. Denn es müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, den gemeinsamen Willen zu verdeutlichen, dass das Ufer wieder frei zugänglich wird.



Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender und MdL

(Unterschriftenlisten liegen in zahlreichen Einrichtungen aus, so u. a. im Thalia oder bei Veranstaltungen.)



von Brigitte Oldenburg

Wie ernst nimmt die Verwaltung wohl die Stadtverordneten?

Jüngstes Beispiel: Die Stadt vermarktet eine Fläche als Gewerbefläche, wissend, dass diese von der Politik für den Schulcampus Pappelallee verplant war. Sie empfahl noch, bald einen SVV-Beschluss herbeizuführen! Zweites Beispiel: Ausgeschrieben auf Drängen der Politik im März 2008, wurde der Tierheimneubau im August mit einer neuen Idee wieder gestoppt. Ein Tierheim mit sozialpädagogischer Betreuung von Menschen soll es nun sein. Unterschiedlichste Erfahrungen und Beispiele lägen hierzu vor, so die Stadt im September auf meine Anfrage. Sieben Monate später heißt es: Erfahrungen gäbe es keine, ein Interessenbekundungsverfahren ist erforderlich! (MAZ v. 23. März) Beispiel 3: Die SVV behält sich die Bestellung des ersten Geschäftsführers der Luftschiffhafen GmbH vor. Aber die Muttergesellschaft PRO POTSDAM benötigt das SVV-Votum nicht. Grund: Der OBM versäumt die vertragliche Umsetzung. Es bleibt die Weisung an den OBM als Aufsichtsratsvorsitzenden der PRO POTSDAM, den Willen der SVV zu beachten. Dies gerät zur Farce: Nur eine Person passt auf die Ausschreibung und steht zur Wahl. Die erste Wahl ist zu wiederholen, die zweite – verlangt vom OBM unter Verletzung von Recht und Gesetz – ist unwirksam, die dritte überflüssig. Der Chef der PRO POTSDAM hatte den Geschäftsführer schon bestellt. Beunruhigend, dass die Kooperationäre „mitspielen“.

(Die Autorin ist Mitglied im Ausschuss für Klima, Ordnung und ländliche Entwicklung der StVV)

Verbesserung des ÖPNV

Eigentlich sollte die „Interkommunale Zusammenarbeit im Öffentlichen Personennahverkehr“ im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden. Da dies jedoch ein Thema ist, das von großem öffentlichen Interesse ist, setzte die Mehrheit der StVV die öffentliche Behandlung durch und beschloss weitergehende Untersuchungen dazu, ob und wie die Nahverkehrsanbieter gemeinsam ein besseres Angebot sichern könnten. Für DIE LINKE stellte Anita Tack fest, dass ihre Fraktion mehr interkombinierten ÖPNV und noch mehr Fahrgäste erreichen will. Ihre Fraktion wolle unstrittig keinen Niedriglohnsektor, sondern die durch Zusammenarbeit erzielten Einsparpotenziale für mehr und besseren ÖPNV einsetzen.

Haus des Reisens

Ursprünglich hatte die LINKE beantragt, dass die Stadtverwaltung zum geplanten Abriss des Haus des Reisens Alternativen vorlegen sollte. Da dies im Bauausschuss erfolgt ist, modifizierte die antragstellende Fraktion ihren Antrag dahingehend, dass für das Bauvorhaben Ersatzneubau „Haus des Reisens/Wohnhochhaus“ Friedrich-Ebert-Straße 115 eine Planungswerkstatt mit Stadtplanern, Künstlern und der Denkmalpflege als Gutachterverfahren in Anlehnung an die Richtlinie für Planungswettbewerbe mit mindestens vier Architekten und dem Verfasser des vorliegenden Planes unter Beteiligung von Vertretern des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen und der Pro Potsdam GmbH als Bauantragstellerin durchgeführt wird. Die Bearbeitung des Bauantrages soll solange ruhen, bis das Gutachterverfahren abgeschlossen ist. Zudem soll der Ersatz für die 28 Einraumwohnungen mit einem sozialverträglichen Mietniveau im Rahmen der zu erarbeitenden Wohnungskonzeption der Stadt berücksichtigt werden und das Kunstwerk „Flugschiff“ im öffentlichen Raum in Potsdam angebracht werden. Dies wurde so beschlossen.

Bürgeranlaufstelle

Jahrelang hat DIE LINKE sich für ein Bürgerhaus in Potsdam West eingesetzt. Nunmehr hat die StVV auf Antrag der SPD beschlossen, eine „Anlaufstelle für die Koordinierung der vielfältigen Initiativen und Vereine im Stadtteil zu schaffen. Karin Schröter, DIE LINKE, bedauerte, dass es nur ein solch niederschwelliges Angebot geben soll, stellte aber fest, dass ihre Fraktion dem Antrag zustimmt, weil er möglicherweise ein Sockel für Weitergehendes sein könnte und auch als Initialzündung für Potsdams Norden und das Kirchsteigfeld bieten könnte.

Uferwege auch für neue Ortsteile

Auf Antrag der LINKEN wurde der Oberbürgermeister beauftragt, das Uferwegkonzept der Landeshauptstadt für den Geltungsbereich der eingemeindeten Ortsteile fortzuschreiben und alle Aktivitäten zu unterlassen, die eine Durchgängigkeit der Uferwege auch in den eingemeindeten Ortsteilen gefährden. Die StVV soll dazu im Juni eine Information über die zeitliche und inhaltliche Planung erhalten. (Wie wichtig dieser Beschluss ist, stellte sich schon wenige Tage danach beim traditionellen „Rathausreport live“ der LINKEN in Marquardt heraus. Der Vize-Ortsvorsteher von Fahrland, Olaf Willuhn, DIE LINKE, warnte in Bezug auf den Fahrländer See vor ähnlichen Fehlern wie beim Griebnitzseeufer. Obwohl der Oberbürgermeister im September 2008 sagte, dass die Stadt daran denke, den Fahrländer See selbst zu erwerben, sei bis heute nichts in diese Richtung unternommen worden. Betroffen wären hier der öffentliche Uferwanderweg, das Freibad in Neu Fahrland und auch Uferflächen vor Privatgrundstücken.)

Sicherheitspartnerschaft

Im September 2009 muss die StVV auf Antrag der LINKEN über das Prüfergebnis informieren, wie im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Berichtes über die vorhandenen Aktivitäten zur Stabilisierung der öffentlichen Sicherheit im Stadtteil Am Schlaatz die Bildung einer Sicherheitspartnerschaft unterstützt werden kann.

Markt-Center

Beschlossen wurde der Antrag der LINKEN, dass der OB Gespräche mit dem Management des Markt-Centers an der Breiten Straße aufzunehmen hat mit dem Ziel, dem zunehmenden Leerstand zu begegnen. Die Markthalle soll wieder als attraktives Versorgungszentrum gestärkt und die Attraktivität durch ein breites Angebotsspektrum erhöht werden.

Holländerviertel

Eine Mehrheit fand auch der Antrag der LINKEN, dass der OB mit einem geeigneten Verfahren einen Meinungsaustausch mit Gewerbetreibenden, Anwohner/innen sowie Stadt- und Verkehrsplanern im Holländischen Viertel zu organisieren hat. Ziel soll es sein, Probleme und Lösungsvorstellungen zu diskutieren, die ein Miteinander von Wohnen und Gewerbe in der Innenstadt, den ruhenden und fließenden Verkehr und die touristischen Bedürfnisse betreffen und miteinander verknüpfen.

☞ DIE LINKE-Stadtverordnete fragten – die Verwaltung antwortete

Wann mit einem Ersatz der von Birnenrost befallenen Wildbirnenbäume durch Birken im Ravensbergweg zu rechnen sei, fragte Hella Drohla, DIE LINKE, woraufhin die Beigeordnete erläuterte, dass Birnenrost zwar ein „zusätzlicher Stressfaktor“ für die Bäume aber kein Fällgrund sei. Man achte darauf und pflege die Bäume, gefällt werde aber nur, wenn Gefahr im Verzug ist und das – wie auch Neuanpflanzungen – immer in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln.

Weiterhin erkundigte sich Hella Drohla nach der Funktionstüchtigkeit von Alarmanlagen in Potsdamer Schulen. Die zuständige Beigeordnete versicherte, dass alle Schulen der Landeshauptstadt über funktionstüchtige Alarmanlagen verfügen. Darüber hinaus sei an 11 Schulen auch ein Notruf möglich.

Wegen der Durchsetzung der Brandschutzbestimmungen wurde in den Potsdamer Schulen jegliches Mobiliar in Korridoren und Pausenzonen ebenso entfernt wie hölzerne Bilderrahmen, so dass mancherorts von „steriler Krankenhausatmosphäre“ gesprochen wird. Vor diesem Hintergrund fragte Hella Drohla danach, welchen Spielraum das Schulverwaltungsamt sehe, um wenigstens Sitzmöglichkeiten anzubieten, die den verschärften Sicherheitsbestimmungen entsprechen. Sicherheit müsse vorgehen und so sehe die Verwaltung keinerlei Spielraum im „Interesse von Bequemlichkeit“. Man habe die Schulleitungen angehalten, die „Brandlasten“ in Rettungswegen so gering wie möglich zu halten, am besten seien brandlastenfreie Rettungswege.

Im Übrigen gäbe es durchaus Alternativen, hielt sich die Beigeordnete auch auf Nachfrage von Hella Drohla bedeckt.

Ralf Jäkel, DIE LINKE, fragte danach, was die Stadt Potsdam dazu beitragen könne, dass für die Besucher des Parks Sanssouci die Imbiss- und Getränkeversorgung, aber auch das Angebot an Toiletten im unmittelbaren Umfeld des Schlossparks spürbar verbessert werden. Mit Verweis auf die ausschließliche Zuständigkeit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten informierte der Oberbürgermeister aber dennoch darüber, dass die Stiftung die Errichtung von zunächst zwei Besucherzentren – eines an der Historischen Mühle und ein zweites Am Neuen Palais vor habe, Längerfristiges müsse noch durchdacht werden. Der Generaldirektor der SPSPG, der ja turnusmäßig in der StVV sprechen würde, sollte dazu Stellung nehmen.

Da er schon häufig beobachtet hat, dass die an der Bushaltestelle Neues Palais und auf dem Parkplatz

vorhandenen Papierkörbe und Abfallbehälter überfüllt sind, wollte Ralf Jäkel in Erfahrung bringen, welche Möglichkeiten die Verwaltung sehe, ergänzend zu den vorhandenen weitere oder größere Abfallbehälter aufzustellen. Die zuständige Beigeordnete wies darauf hin, dass der Außendienst vor Ort gewesen ist und diesen Eindruck nicht teilen würde. Man werde den Bereich jedoch regelmäßig überprüfen und „besondere Verschmutzungssituationen“ analysieren, um darauf reagieren zu können. Den Hinweis von Ralf Jäkel, dass vor allem an Feiertagen und Wochenenden deutlich werde, dass die Papierkörbe überfüllt sind, parierte die Beigeordnete, dass sie keine „Nachhilfe zur Beantwortung“ seiner Frage brauche.

Die ART Brandenburg hat im vergangenen Jahr in der Schiffbauergasse stattgefunden und wurde mit öffentlichen Mitteln unterstützt, indem die Stadt beispielsweise Standgebühren für die ausstellenden Bildenden Künstler/innen übernahm. Und so fragte Karin Schröter, DIE LINKE, nach, welche Möglichkeiten aktiviert werden könnten, um die Potsdamer Aussteller/innen beispielsweise aus Mitteln der Wirtschaftsförderung zu fördern. Die zuständige Beigeordnete stellte klar, dass sie derzeit keine Möglichkeiten zur Förderung sehe. Da die Messe in diesem Jahr – „ohne vorherige Absprache“ – in der Metropolis-Halle stattfindet, könnte eine Förderung nur zu Lasten anderer bereits geplanter Projekte erfolgen. Eine Förderung aus dem Bereich Wirtschaftsförderung sei nicht möglich, da es sich um eine „Endverbrauchermesse“ handle. Zudem gehören Künstler nicht zu förderfähigen Personen, dies gebühre nur gewerblichen Designern. Karin Schröter wies darauf hin, dass gerade Bildende Künstler in der einen Richtlinie als Unternehmer betrachtet würden und deshalb keine Förderung erhielten und in der anderen eben nicht als gewerbliche Designer und deshalb keine Förderung erhielten und bat darum, den Status der Bildenden Künstler/innen genauer zu fassen. Dies wollte die Beigeordnete „noch einmal gerne mitnehmen.“

Welche konkreten Schritte die Verwaltung bislang in Abstimmung mit dem Ministerium für Infrastruktur des Landes Brandenburg als „Besteller des Schienenpersonennahverkehrs“ getätigt habe, wollte Anita Tack, DIE LINKE, erfahren. Hintergrund der Frage ist, dass der Infrastrukturminister auf der Regionalkonferenz des VBB im April erneut bekräftigt hatte, dass es eine schnelle Bahnverbindung von Potsdam über Golm zum neuen Flughafen BBI in Schönefeld geben wird. Der aus Sicht der LINKEN dringend notwendige Halt im Bahnhof Pirschheide wurde dabei jedoch nicht erwähnt.

Die zuständige Beigeordnete erläuterte, dass die Gespräche auf der Grundlage der Beschlüsse der StVV erfolgen würden und man stets an der

Schnelligkeit der Verbindung festhalte. Ein Halt am Bahnhof Pirschheide würde eine 5-minütige Zeitverzögerung mit sich bringen. Über den genauen Stand der Gespräche werde die Verhandlung im IV. Quartal 2009 berichten.

Auf Nachfrage von Hella Drohla sagte die zuständige Beigeordnete, dass für eine eigene Trainingsstätte des Sportvereins „Potsdamer Kickers 94 e. V.“ insgesamt sieben potenzielle Flächen geprüft, bewertet und anschließend wieder verworfen wurden. Derzeit sei der Luisenpark die Vorzugsvariante, was aber weiter geprüft werden müsse.

Da derzeit – in der Presse – eine große Debatte zum Abriss der Schwimmhalle Am Brauhausberg und zum Neubau an einem anderen Standort geführt wird, bei der Fragen der Finanzierung, Wirtschaftlichkeit und städtebaulicher Einordnung weitgehend ausgeblendet werden, fragte Anita Tack, wann der StVV die städtebauliche Entwicklungskonzeption für den Bereich Brauhausberg und Umgebung vorgelegt werde. Die Beigeordnete sagte, dass der Hauptausschuss in der nächsten Sitzung informiert werde. Eine Entwicklungskonzeption gibt es jedoch de facto nicht, auch nicht zum Abriss der Schwimmhalle. Vielmehr gibt es Überlegungen im Zusammenhang mit der Speicherstadt.

Die Sanierung der Humboldtbrücke einschließlich der Umfeldmaßnahmen soll bis 2013 erfolgen. Da aus jetziger Sicht mindestens 3 Mio EURO zusätzlich gebraucht werden, fragte Anita Tack nach, ob die Mehrkosten ebenso anteilig vom Land gefördert werden. Dies verneinte die Beigeordnete, verwies jedoch darauf, dass lediglich die durch die Mehrwertsteuererhöhung entstandenen Mehrkosten vom Land akzeptiert wurden. Für Weiteres werden Förderanträge zu stellen sein.

P. S. Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass gegenüber der Planung nicht nur die Kosten erheblich steigen, sondern auch der Fertigstellungstermin nicht zu halten ist.

Das Thema nahm Brigitte Oldenburg, DIE LINKE, auf und stellte fest, dass es zunehmend Verunsicherung darüber gäbe, dass die bekannt gewordene Kostenerhöhung bei der Sanierung der Humboldtbrücke gegenüber dem Kalkulationsansatz dazu führen könne, dass auch für die Baufeldfreimachung des Landtagsneubaus höhere Kosten zu erwarten sind. Dies wies die Beigeordnete zurück. Auf Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE, ob sich Elemente abzeichnen, wonach der Gesamtkostenrahmen überschritten werde, kam von der Beigeordneten ein deutliches NEIN!



Zur Wiedervorlage

Mehrere Anträge der LINKEN wurden zur Weiterberatung in die Ausschüsse verwiesen. Dies betraf

- die Forderung nach Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Sanierung aller Schulen und Kitas im Zeitraum bis 2014 einschließlich eines Finanzierungskonzeptes;
- die Begrenzung der Haveluferbebauung an der Alten Fahrt und hierbei die Verhinderung der Bebauungserweiterung über die Höhe des Alten Rathauses hinaus;
- die Erarbeitung eines Konzepts zur Förderung und Unterstützung der Bildenden Kunst für den Zeitraum der nächsten fünf Jahre;
- die Erarbeitung und Umsetzung eines Parkkonzepts für den Stadtteil Kirchsteigfeld;
- die Änderung des Rahmenplanes zur Entwicklung des Bereiches Brauhausberg/östliche Templiner Vorstadt;
- die Einführung einer Berichterstattung über die Tätigkeitsschwerpunkte der Oberförsterei, um festzustellen, welche Auswirkungen mit der Forstreform auf die Erfüllung von waldbezogenen Aufgaben im Bereich der Landeshauptstadt durch die Landesforstverwaltung verbunden sein könnten;
- die Behebung der baulichen Mängel in den übergebenen Gebäuden des Waschhauses, der Arena und an der Freilichtbühne für eine effiziente Beispielbarkeit;
- die Durchführung einer Bürgerbefragung zu einer möglichen Ansiedlung eines neuen Freizeitbades. Dies soll vor weiteren Entscheidungen zur Schwimmhalle am Brauhausberg erfolgen und im Hauptausschuss noch im Monat Mai besprochen werden
- und
- die Begleitung und Kontrolle der Entwicklung des Luftschiffhafens durch die Stadtverordneten.

Über das Ergebnis der Beratungen in den Ausschüssen wird Rathausreport wie immer umfassend berichten.



Was – wann – wo

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107 bzw. 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr

18. und 25. Mai; 08. und 15. Juni 2009

9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam mit Einwohnerfragestunde

Stadthaus, Plenarsaal

03. Juni 2009, Beginn 13 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“

Konsum-Café am Filmtheater „Thalia“, Rudolf-Breitscheid-Str. 50 in Babelsberg

07. Juni 2009, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 5/2009

Stadthaus, Raum 3.107 12. bis 17. Juni 2009 (außer Sa. und So.)

Info-Stände in den Stadtteilen:

06. Juni 2009	08:00 Uhr	Bassinplatz; mit Unterschriftensammlung Bürgerbegehren „Freies Ufer am Griebnitzsee“
12. Juni 2009	14:30 Uhr	Kepler-Platz, Am Stern
	15:00 Uhr	Rathaus Babelsberg
	15:00 Uhr	Waldstadt-Center, Waldstadt II
	16:00 Uhr	Havel-Nuthe-Center, Drewitz
13. Juni 2009	09:30 Uhr	Markt-Center, Breite Straße
	10:00 Uhr	REWE-Kaufhalle, Zentrum Ost
	10:00 Uhr	Marktplatz, Kirchsteigfeld
	10:00 Uhr	Stadtplatz, Am Schlaatz

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL

26. Mai 2009 von 17 – 19 Uhr

im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)

Voranmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com



Abgelehnt

Keine Beschwerdestelle

DIE LINKE wollte erreichen, dass es künftig in Potsdam eine unabhängige Mieterbeschwerdestelle geben soll (Rathausreport berichtete). Diesem Antrag folgte die Mehrheit der StVV jedoch nicht.

Keine soziologische Befragung

Der Antrag der LINKEN, im Rahmen der Erstellung des Sozialberichtes 2009 eine umfassende soziologische Befragung aller Einwohner/innen Potsdams im Alter von 15 bis 30 Jahren zum Thema „Wohnen“ durchzuführen, fand keine Mehrheit. Dennoch kann die nunmehr auf Veranlassung der Stadtverwaltung stattfindende Online-Befragung aller hier Studierenden zur Wohnsituation als eine Reaktion auf den Linksfraktionsantrag gesehen werden.

Schiffbauergasse

Die LINKE wollte erreichen, dass der OB beauftragt wird, das Konzept zur Parkraumbewirtschaftung des KIS auf dem gesamten Areal der Schiffbauergasse zu überprüfen und mit den Anliegereinrichtungen, insbesondere den Kulturträgern zu diskutieren. Obwohl das Konzept unter heftiger Kritik steht, verweigerte die Mehrheit der StVV dem Antrag ihre Zustimmung.

Asylbewerberheim

Es wird kein Begleitkonzept zur Beförderung der Integration der Asylbewerber am neuen Standort im Stadtteil Am Schlaatz geben. DIE LINKE wollte mit einem solchen Konzept auch die Entwicklung des Wohngebietes vorantreiben. Die Mehrheit der StVV lehnte dies ab.

Übrigens...

... hatte die StVV in der Aprilsitzung im Ergebnis einer Anfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE, noch zur Kenntnis nehmen müssen, dass es – wegen der geltenden Straßenverkehrsordnung - keinerlei Möglichkeiten gäbe, An der Alten Zauche einen sicheren Fußgängerüberweg zur neuen Kaufhalle einzurichten. Nunmehr wurde die Verwaltung auf Antrag der Rathauskoalition beauftragt, einen solchen zu schaffen und die seinerzeit noch vehement dagegen redende Beigeordnete meinte nun, dass es durchaus möglich sei.

Da der

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
eMail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331-2893051, Fax: 0331-2893119

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben